

Ercheint täglich Nachmittags mit Ausnahme der Sonn- u. Feiertage.
Abonnementpreis vierteljährlich für Halle und durch die Post bezogen 2 Mark.
Zufertigungspreis für die vierteljährliche Copie-Belle oder deren Raum 15 Pfg.

Halle'sches Tageblatt.

Vierteiljährlicher Jahrgang.
Amtliches Verordnungsblatt für die Stadt Halle.
Im Selbstverlage des Magistrats der Stadt Halle.

Belagsgebühren 9 Mark.

Inserate für die nichtfolgende Nummer bestimmt, werden bis 9 Uhr Vormittags, spätere dagegen Tags zuvor erbeten.

Inserate besterem sämtliche Annoncen-Bureau.

Nr. 286.

Freitag, den 7. Dezember.

1883.

Ausgabe und Annahmestellen für Inserate und Abonnement bei Aug. Apelt, Leipzigerstr. 3, Rob. Cohn, gr. Steinstraße 73, M. Dannenberg, Geißstraße 67.

Für den Monat Dezember eröffnen wir ein besonderes Abonnement zum Preise von 75 Pfg. Bestellungen werden in der Expedition und von unseren Boten angenommen. Expedition des Hall. Tageblatts.

Politische Tagesübersicht. Halle, den 6. Dezember.

Die getriggen Andeutungen des Herrn v. Puttkamer erhaltene eine Ergänzung durch die aus konservativen Kreisen stammende Angabe, daß bereits für die bevorstehende Reichstagsession ein Gesetz über die Befähigung der weiblichen Abmündung und über das Erfordernis relativer (statt wie bisher absoluter) Mehrheit bei den Reichstagswahlen vorbereitet wird.

Der leitende Abgeordnete des Herrn v. Puttkamer eingetragene Antrag auf Einführung der geheimen Wahlmündung — mittelst Stimmzettel in amtlich gelieferten Couverts — bei den Kommunalwahlen und den Wahlen zum Abgeordnetenhaus ist auch hinsichtlich der Reichstagswahlen von Interesse und würde, wenn man ihm Rechnung trägt, wahrscheinlich auch eine Abänderung des Reichswahlgesetzes vom 31. Mai 1869 zur Folge haben. Es hat sich wiederholt herausgestellt, daß eine vollständige Garantie der geheimen Ausübung des Stimmrechtes bei den Reichstagswahlen nicht besteht. Ungleichheit im Format der Stimmzettel, Verschiedenheit in der Farbe und Stärke des Papiers, das Durchsichtigen der Druckausgaben, sowie andere unterscheidende Merkmale können das Geheimnis der Stimmabgabe, das freie Wahlrecht beeinträchtigen. Um dem abzuhelfen, war in einer vor einigen Jahren an den Reichstag gelangten, aber nicht zur Entscheidung gekommenen Petition beantragt worden, das Reichswahlgesetz vom 31. Mai 1869 dahin abzuändern, daß die Stimmzettel bei der Wahlhandlung in unübersichtlichen, amtlich gelieferten Couverts abgegeben werden müssen. Auf diese Weise wäre eine Garantie für die geheime und freie Ausübung des Stimmrechtes gegeben. Wenn man jedoch die zur Aufnahme des Stimmzettels bestimmten Couverts den Wählern vor Auflegung der Wahlkästle zu stellen, würden viele Wahlberechtigten nicht deshalb ihres Wahlrechts verlustig gehen, weil sie nicht in die Kästen einzutragen werden, oder weil sie die Reklamationsfrist unberücksichtigt lassen. Der Nichtempfang eines amtlich gestempelten Couverts würde für die Wähler ein Fingerzeig sein.

Die auch konservative Korrespondenz wurde kürzlich die Meldung verbreitet, es seien gegenwärtig Arbeiten in Vorbereitung, welche dahin zielen, die Auswanderer vor dem Verlassen ihres Vaterlandes zur Erfüllung zweifelslos bestehender öffentlicher und privatrechtlicher Verpflichtungen, insbesondere der aus dem Gemeindevorstande, der Familienangehörigkeit, dem Dienst- oder Arbeitsvertragsverhältnis

sich ergebenden Verbindlichkeiten, anzuhelfen. Diese Mittheilung ist mit Vorsicht aufzunehmen. Im preussischen Ministerium des Innern hat neuerdings allerdings eine Erörterung der Frage stattgefunden, ob sich gesetzgeberische Maßnahmen zur Erreichung der genannten Zwecke empfehlen würden, allein erst jüngst hat der preussische Minister für Landwirtschaft ein ihm aus landwirtschaftlichen Kreisen zugegangenes Gesuch um Bestimmung gesetzlicher Maßregeln, wonach ländliche Arbeiter an der heimlich betriebenen Auswanderung und dem damit verbundenen Vertragsbruch gehindert werden könnten, mit dem Vornehmen abgewiesen, daß die schon bestehenden drei Mittel zur Abwendung von Nachtheilen ausreichen, nämlich das Zwangsverfahren zur Fortsetzung des Dienstes, der Antrag auf Verhaftung (§ 211 und 127 der deutschen Strafprozessordnung) und die Verfolgung des Entschädigungsanspruches.

Für die Jagdberechtigten dürfte es von Interesse sein zu erfahren, daß nach dem Entwurf einer Jagdordnung die zur Zeit bestehenden Jagdpachtverträge mit dem 1. April des auf die Verkündung des Gesetzes folgenden Jahres außer Kraft treten sollen. Wird hierdurch eine laufende Pachtperiode abgebrochen, so verringert der Pächter sich nach Verhältnis der Zeit, um welche die Abkürzung stattfindet. Im Voraus bezahltes Pachtgeld ist nach demselben Verhältnis zu erstatten. Dagegen soll die neue Jagdordnung mit dem Zeitpunkt ihrer Verkündung in so weit in Kraft treten, als erforderlich ist, um in Gemäßheit derselben die Jagdvorkände für die gemeinschaftlichen Jagdbezirke zu bilden und Jagdpachtverträge für die gemeinschaftlichen Jagdbezirke, so wie die dem Anwartschaftsansprüche der Eigenthümer angrenzender selbständiger Jagdbezirke unterworfenen Grundflächen abzuklären.

Die „Proc. Corr.“ bespricht die Budgetebatte, die Kreis- und Provinzialordnung für Hannover und tritt lebhaft für die Bewilligung der für Kunstzwecke geforderten Geldmittel ein.

Aus Braunschweig, den 3. Dezember, wird der „Magdeb. Ztg.“ geschrieben: Die Anwesenheit des preussischen Gesandten, des Barons von Thielens, in Braunschweig wird auf die Schwedenschen Ehrenabfragen zurückgeführt. Die Nichtigkeit dieser Annahme ist nicht unmöglich. Sollen doch, wie von gut unterrichteter Seite verlautet, die neulich zwischen dem Minister Maybach und dem braunschweigischen ersten Minister, Grafen Görz Weisberg, wegen der Bahnfragen in Berlin geführten Verhandlungen nahezu abgebrochen sein. Herr Maybach soll Bedingungen gestellt haben, die unser Minister nicht ohne Weiteres annehmen konnte, die auch wohl nicht angenommen werden. Es wäre aber zu beklagen, wenn dadurch, daß seine Verständigung herbeigeführt würde, der Bau der zu bringend notwendigen Sekundärbahnen noch ferner hinausgeschoben würde.

Aus Amoy ist, wie die „Nordd. Allg. Ztg.“ berichtet, die Nachricht eingelaufen, daß die Angelegenheit des am 4. Dezember 1881 bei Chapel Island auf die Felsen gestürzten und Tags darauf von hiesigen Fischern gefischerten Bremer Barckschiffes „Atlas“ durch empfindliche Bekrafung einer Anzahl überfischter Strandräuber ihre Entschädigung gefunden hat, nachdem bereits im Februar 1882 eine angemessene Entschädigung für die Abwehrer und die Schiffbesatzung durch das kaiserliche Konsulat in Amoy erwirkt worden war.

Es ist mehrfach als auffallend hervorgehoben worden, daß der deutsche Botschafter in Petersburg, General von Schweinitz, vor seiner Rückkehr nach der russischen Hauptstadt dem Fürsten Bismarck in Friedrichstraße zum zweiten Male einen Besuch abgestattet hat. In diese Thatsache sind die verschiedensten Kombinationen geknüpft worden. In Wirklichkeit liegt die Sache aber einfach so, daß General von Schweinitz das erste Mal, als er in Friedrichstraße war, den Reichstänzer nicht sprechen konnte, da derselbe damals erkrankt war. Lediglich deshalb hat General von Schweinitz nunmehr seinen Besuch wiederholt.

Der Wülffeler „Nord“, dessen Beziehungen zur russischen Regierung bekannt sind, veröffentlicht einen Artikel über die Beziehungen zwischen Deutschland und Rußland, welcher als Ergänzung der Neujahrsreden des Kaisers zu dem Landtagspräsidium betrachtet wird. Das Blatt behauptet, daß die Reise des Herrn v. Siers und der Empfang, der ihm in Berlin und Friedrichstraße zu Theil geworden ist, einen vollständigen Umsturz in den Beziehungen der beiden Regierungen herbeigeführt habe. Daß die Reise des Herrn von Siers einen so günstigen Verlauf genommen, wird der unerwarteten Regelung der bulgarischen Differenz zugeschrieben; Deutschland und Oesterreich hätten, wie der „Nord“ betont, in dieser Angelegenheit einen klaren Beweis ihres guten Willens gegeben, ohne sich überigen die Zurückhaltung aufzulegen, welche ihnen die herrschenden Beziehungen, die sie nie aufgehört haben mit Rußland zu unterhalten, auferlegten.

Der Petersburger Korrespondent der amtlichen „Wiener Zeitung“ schreibt unterm 29. November:

Von Neuem hat Minister Graf Tolstoi unserer hiesigen Presse bekannt lassen, sich aller Heftigkeiten gegen unser Nachbarn zu enthalten. Der Kaiser will mit allen Staaten, ohne Ausnahme, in Ruhe und Frieden leben und hat Herr von Siers u. A. den Auftrag ertheilt, dem kaiserlichen Willen überall den Ausdruck in vollkommen positiver Weise zu geben.

In der von dem spanischen Ministerrathe genehmigten Thronrede zur Eröffnung des Cortes wird die Nothwendigkeit der Einführung der allgemeinen Stimmrechtes und der Reform der Verfassung ausgesprochen.

Die französische Deputirtenkammer genehmigte gestern das Budget des Ministeriums der schönen Künste.

[20] Sophie von Hohen.

Aus den Papieren der Frau von Dr. . . .
von Mariam Tenger.
(Fortsetzung.)

Deinige erschroden erlob sich Frau Anastasia, und die schlanken Hände zum Segen erhebend, sagte sie mit lauterer oder tonloser Stimme:

Im Namen Gottes, des Vaters, des Sohnes und des heiligen Geistes, und der heiligen Jungfrau Maria! — theilen Sie diesen Segen mit Ihrer Freundin!

Die Schwester bedeckte sie mit dem Schleier und gab ihr das Kreuz zu Händen. Ohne mir noch einen Blick weiter zugewenden, verließ die Oberin mit ihr das Zimmer.

Als auch ich hinausging, sah ich, daß alle Nonnen im Korridor auf sie gewartet hatten. Mitten durch Schritt sie, verhallten und gesehnten Hauptes, um die Spitze des Zuges zu erreichen, der sich nun lang und langsam, wie ein tiefer schwarzer Schatten durch den halbdunklen Corridor hinzog. Das Besprechende durch zum zweiten Male an. Die Nonnen fielen mit einem Vitaneigung ein. Ich blinzte ihnen nach, bis das letzte schwarze Gewand um den Mauerauslauf verschwand und ich an dem Gesang wahrnahm, daß der Zug sich die Treppe hinaufbewegte, und zum Theil schon unten angelangt war.

Nun trat auch ich den Rückzug an, und suchte so rasch wie möglich den Ausgang aus dem Asylum zu gewinnen. Aber siehe da — Deine praktische Freundin war wie durch einen Zauber in das Labyrinth von kleinen und großen Kreuz- und Duerwegen des alten Klostergebäudes gelangt. Dabei wurde es immer dunkler, und so still, daß ich das Rascheln von Mäusen zu hören glaubte, die diese günstige Zeit zu einer Familien-Promenade verwenden mochten. Meine Stimm war wie von Wehrauchdampf benommen. Ich hing schon an, die Wände entlang zu tasten und suchte mich wie erlöst, als ich endlich ein Geräusch vernahm, und als gleich darauf ein Lichtschein auf die Stufen einer Treppe fiel, bei welcher ich im Tappen angelangt war.

Eine hochstufige, schmale Hintertreppe war's, die mit einigen Wiegungen in's Erdgeschoß hinauf, und mußnächst nach Wirtschaftsträumen im Hinterpöste führte. Das Geräusch aber kam von einer Thür, die unten unweit der Treppe sein mußte. Ich merkte das am Reflex des Lichtes und schloß selbst die Zugluft, welche die Flamme bewegte. Während ich bis zur ersten Wiegung möglichst rasch hinunterstieg, lehnte Jemand die Thüre unten an, ohne sie in's Schloß fallen zu lassen. Ich hörte dann Schritte, welche behutsam auf Steinfliesen traten und sah, wie sich mit ihnen auch der Lichtschein fortbewegte.

Warum ich nicht rief, weiß ich nicht! Ich muß mich wohl in einer Stimmung befinden haben, welche mir die Redse zuschnürte.

Inzwischen war ich so weit gekommen, daß ich nur noch etwa sechs Stufen hinaufsteigen hatte, und stand unter dem sehr niedrigen letzten Treppenbogen des alten Gemäuers ganz im Dunkeln. Der Flur mit seinem rotgelegelten Estrich, in welchen die Treppe mündete, lag aber hell vor mir. Er bildete, in einer Entfernung von etwa zwanzig Schritten einen Halbkreis, in dessen Mitte eine enggepörrte eiserne Thüre angebracht war. Ein blaues Licht erhellte in dem Herab den Raum, in den sie führte. Das Muttergottesbild auf dem schwarzgehöhangenen Altar belehrte mich, daß es eine Kapelle war; die Aufschrift, wie ich später hörte.

Vor dem Altar kniete, oder lag vielmehr in sich zusammengesunken eine dunkle Gestalt. Eine Mönchskutte umhüllte sie ganz; doch machten die Bewegungen des abgewandten Kopfes unter der Kapuze eher den Eindruck des Schlafes als der Anbetung.

Dieser milde Vetter oder Bisher war es aber nicht, der mich auf meinem erlösten Beobachtungsposten festhielt. Vor der gepörrten Eisenthüre stand ein Mann, nach seiner Kleidung zu schließen von niedrigerem Stande. Er hielt in der linken Hand eine Wachlaterne so hoch, daß ihr Schein voll und groll in die Kapelle hinein und auf die in sich zusammengesunkene Mönchsgestalt fiel.

Gott weiß, wie viel Mühe und Zeit es diesen Mann gekostet hatte, um herauszufinden, daß der in der Mönchs-

Intte um diese Stunde in die Mönchskappe gezwängt wurde! Auf welchen Umwegen mochte er sich des Schließers der gewiß immer verschlossenen, von Mäusen in diesen Flur hereinflüchtenden Thüre bemächtigt haben! Und nun glaubte er sich hier allein! Allein mit jenem von ihm tödlich gehöchten Menschen! Freilich — zu seiner Qual ein festes Gittergitter zwischen ihnen! Hätte er dieses Hemmnis durchbrechen, sich auf jene zusammengeknüpfte Gestalt stürzen, und sie mit seinen Fingern erwürgen können — im wilden Triumph gestöhnter Rache würde er sich nachher selbst dem peinlichen Gericht gestellt haben! Denn was ihm jetzt noch zu thun übrig blieb auf dieser Welt, das war ja dann gethan! Er hatte dann hienieden nichts mehr zu suchen und zu wünschen als den Tod.

Das sprachen die in der Klosterkirche des Hofes arbeitenden Züge und Geberden dieses Mannes mit so entsetzlicher Deutlichkeit aus, daß es der Worte kaum bedurfte hätte, in die er nach einer Weile sprachloser Wuth mit immer steigendem, wildem Affekt ausbrach:

— Holla, Schürle, was ach! — Du willst beten, Schürle?! Du ein Mönch sein, Auswurf der Hölle!?

Wie im Leben werd' ich das Gesicht verzeihen, das sich in der Hast des Entsetzens, aus der zurückfallenden Kapuze heraus, dem Gitter zuwandte! Ein dummer Schein erhob sich den völlig entzündeten Lippen des so furiböser Affekt erfüllten Mönchs. Er verzog, daß er selbst gefesselt war, und daß ein schlingendes Gittergitter ihn von dem erbitterten Feinde trennte und nicht einsprünge. Aber der wilden Bewegung, die er machte, um sich zu erheben, raffelten die Ketten, die er an Händen und Füßen trug, und er brach mit einem zweiten Ausbruch — es war ein Name, den ich nicht verstehen konnte, da die Todesangst die Stimme halb ersticke — wieder in sich zusammen.

Der Mann mit der Wachlaterne lachte heiser auf.

— Dem Verstand, Cujon! scheint noch nicht ganz vom Brandwunden erloscht! Desto besser! An einem Verdrachten läßt man sich schlecht! Er küßt die Erde, aber er verdrachtet sie nicht! Du wirst mich verzeihen, Schürle! Zeit gibt's nicht! . . . Seit dem Tage, wo Du im Hofe draußen



— Das Journal „Paris“ erklärt die Nachricht für unrichtig, daß die Regierung befohlen habe, Admiral Courbet solle seinen Vorrath einwickeln und sich auf die Defensiv beschränken. — „La Patrie“ meldet, in den äußeren Stadtvierteln seien Plünderungen angefallen worden, durch welche die Arbeiter zur Heilmilch an dem von den Anarchisten für nächsten Freitag auf dem Börsenplatz in Aussicht genommenen Meeting aufgefordert werden. — Dem „Reuter'schen Bureau“ wird aus St. Mauritius vom 22. November gemeldet, aus Madagaskar dort eingetroffene Nachrichten bestätigten, daß die Franzosen Mohambo und Taneriffa an der Nordküste von Madagaskar besohsen hätten. Zwei französische Fregatten sollen ferner abgeant sein, um das Fort „Dauphin“ und andere Punkte an der Südküste der Insel zu bombardieren.

Lord Granville demittirt in der Antwort auf eine vom Depuirteten und Handelskammerpräsidenten Palmer, in Newcastle an ihn gerichtete Zuschrift das Gerücht, daß Kgypten von England zur Verstellung eines zweiten Suezkanals aufgefordert worden sei. — Nach einer Meldung der „Times“ aus Akhram befindet sich ein verwundeter Offizier der ägyptischen Armee in El Obed.

Nach einer Mitteilung des „Journal de St. Petersburg“ ergibt sich von den Vätern beprohene Projekt einer politischen Neugestaltung in Rußland ebenjowenig, wie die angebl. beauf. Prüfung eingeleitete Kommission. — Das „Journal de St. Petersburg“ sagt, daß über die von der „Agence Havas“ gemeldete Heilmilch Rußlands an einem Flottenarrangement in den chinesischen Gewässern in Petersburg nichts bekannt sei. — Zeitungsnachrichten über eine stattgehabte oder in Aussicht stehende Kollektion-Vermittlung der Mächte in der Tontung-Angelegenheit werden in Petersburg unterrichtet Kreisen als unbegründet bezeichnet.

Deutsches Reich.

Berlin, 5. Dezember.

— Der Kaiser hatte, wie wir noch nachträglich erfahren, gestern auch noch den Polizeipräsidenten v. Wabst zum Vortrag empfangen. Abends besuchte der Kaiser die Vorstellung im Opernhaus. Heute Vormittag hörte der Kaiser die Vorträge der Hofmusikschule, arbeitete mit dem Kaiserlichen Geheimen Rath von Wilmsdorf und empfing Mittags den persönlichen Adjutanten des Prinzen Albrecht, Major von Schoetter. Zum Diner sind keine Einladungen ergangen.

— Der Kronprinz und die Kronprinzessin von Dänemark werden, aus Anhalt kommend, Ende dieser Woche, voraussichtlich Sonntagabend oder am Sonntag früh, zum Besuch bei den Majestäten in Berlin eintreffen und während der Dauer ihres Aufenthalts am hiesigen Hofe im königlichen Schloß Wohnung nehmen.

— Der Großherzog und der Erbprinz von Sachsen treffen morgen in Berlin ein und werden den Kaiser übermorgen zur Jagd nach Königswusterhausen begleiten.

— Der Großfürst Sergius von Rußland traf gestern Abend aus Alenburg, wohin er sich Tags zuvor von hier aus zur Gratulation begeben hatte, hier wieder ein und reiste mit dem Großfürsten Dmitri nach Petersburg weiter.

— Der deutsche Vorkämpfer in Petersburg, General-Lieutenant von Schwelb, ist gestern Abend 11 Uhr 3 Min. von hier nach Petersburg abgereist.

— Ueber ein von Berliner Vätern erwähntes Duell zweier Parlamentarier bringt der „Westf. Merkur“ folgende Notiz: „Herr Hofprediger Sieder hat von dem Redakteur der „Berliner Volkszeitung“ eine Forderung zum

Duell erhalten. Ueber das Verhalten des Herrn Hofpredigers gegenüber dieser Forderung verlaßt noch nichts Bestimmtes.

Oesterreich.

Wien, 5. Dezember. Das Abgeordnetenhaus nahm mit 197 gegen 125 Stimmen die Steuergesetzesvorlage als Grundlage der Spezialdebatte an. — Der Dreier-Ausschuß des Oberhauses nahm die Gesetzesvorlage in der Spezialdebatte unbeschadet an. Die Linie Ujotiel-Semlin, die letzte Partie der Pest-Semliner Eisenbahn, ist heute technisch-politisch geprüft und die Trasse mit der großen Donau-Brücke und den Tunneln in vollkommen betriebsfähigem Zustande gefunden worden. Die Eröffnung dieser Strecke resp. die Uebergabe derselben für den öffentlichen Verkehr ist auf den 10. Dezember c. anberaumt worden. Die Pest-Semliner Eisenbahn bildet den ersten Abschnitt der die direkte Verbindung mit Konstantinopel herstellenden Linie, deren Bau im Berliner Vertrag bestimmt und deren Ausführungs-termin durch das Protokoll der conference à quatre vom 9. Mai d. J. auf den 15. Oktober 1886 festgesetzt wurde. An der mit der Abnahme verbundenen Feier nahmen die von der Regierung entsandene Kommission mit v. Nagl als Präsidenten, sowie der Generaldirektor der ungarischen Staatsbahnen v. Teleky, inzigler der Obergerneur der Kompanie Sines-Telny und das Beamtenpersonal dieser Bauunternehmung Theil.

Frankreich.

Paris, 5. Dezember. In dem zur Verteilung gelangten Gelbuche befindet sich auch eine Depesche Bourée's vom 5. Dez., worin gesagt wird, daß sich China entschlossen habe Ernst zu machen und in Tontung ohne Anwendung von Gewalt keinen Schritt zu weichen. Die in Korea erlangenen Erfolge veranlaßten den Hof, den Vasallen ihre Abhängigkeit fühlbar zu machen. China habe militärische Fortschritte gemacht und entsende eine rege Thätigkeit in dem Arsenal zu Tientsin. Bourée weist auf die Einwirkung hin, welche die Haltung der ausländischen Presse auf China gemacht habe. Frankreich würde von derselben als ohnmächtig und als Gegenstand allgemeiner Abneigung dargestellt und die englische Presse in Shanghai mache sich zum wilsfährigen Echo dieser Darstellung. Bourée spricht sich lebhaft gegen eine energische Aktion, welche für Tontung von dem Gouverneur von Cochinchina in Aussicht genommen war, aus, weil hierdurch unvermeidlich der Krieg mit China herbeigeführt werden würde, und stellt fest, daß die von dem Gouverneur erwählten Soldaten reguläre chinesische Truppen seien. In einer späteren Depesche desselben Monats meldet Bourée, daß die Gefahr eines Krieges mit China beiseite ist und daß die chinesischen Truppen aus Tontung zurückberufen würden. In einer Depesche vom 29. Dezember kündigte Bourée den Vorschlag einer Einigung mit China an, welche die Eröffnung der Provinz Sünnan und die Anerkennung des französischen Protektorats über Tontung, mit Ausnahme einer näher zu bezeichnenden und an der chinesischen Grenze sich hinziehenden Zone, sowie eine gegenseitige Garantie dieses Zustandes gegen jede andere auswärtige Unternehmung bezweckte. Bourée schrieb mehrere Male, daß Tontung eine amantüchtige Provinz bleiben solle, Frankreich wolle ganz und garnicht anerkennen, sondern nur eine gute Verwaltung und Polizei an Stelle der Mandarinen, welche unermüdend seien, im Lande Ordnung herzustellen. Auch habe China selbst ein Interesse, der Piraterie entgegenzutreten.

Am 13. Oktober ersucht Admiral Zaurguiberry den Ministerrath, den Stand der Dinge in Tontung sorgfältig zu erwägen, da eine Verlängerung des demaligen Zustandes die Ehre Frankreichs kompromittiren würde. Der Admiral führt aus, daß es im Jahre 1880 noch möglich

gewesen sei, Tontung aufzugeben, gegenwärtig sei dies jedoch unmöglich; man müsse ein starkes Protektorat begründen. Am 21. Oktober 1882 genehmigte der Ministerrath die Vorschläge Zaurguiberry's. In einem Briefe vom 4. Januar 1883 bezeichnete der Admiral den Ausgleichsplan Bourée's als von der Linie sich entfernend, welcher die französische Politik bisher gefolgt sei, nämlich den Chinesen keinerlei Recht zur Intervention zuzugestehen. Ein Brief Ducler's vom 13. Januar erläutert die Ereignisse und bezeichnet die Lage durch den Rückzug der chinesischen Truppen aus Tontung als wesentlich verändert, man müsse die vorerwähnten Bestimmungen Chinas, welches sich doch seiner Interessen in Tontung nicht völlig begeben könne, berücksichtigen. In einem Schreiben vom 26. Januar glaubt Zaurguiberry darauf bestehen zu müssen, daß man vor allem Anderen das thatsächliche Protektorat über Hsu erhalten müsse; dann wäre die Stellung Frankreichs bei Unterhandlungen mit China eine weitaus bessere. Der Admiral erklärt sich schließlich in Folge des Briefwechsels seiner persönlichen Verantwortung entbunden. In der vom 22. November datirten Antwort Ferry's auf die chinesische Note brist es, Frankreich ist in gleicher Weise gegen die traditionellen Bande zu respektiren, die es in Ehren hält, und dieselben aufrecht zu erhalten, soweit sie nicht unvertäglich sind mit der Ausübung unseres Protektorats. Der durch den Vertrag von 1874 hergestellte Zustand der Dinge schien den Wünschen beider Völker zu entsprechen, China willigte sogar nach der Unterzeichnung dieses Arrangements darin, seine Truppen aus Tontung zurückzuziehen. Der Erfolg bewies aber, daß diese Maßregel nicht geeignet war, die Ruhe des Landes zu sichern, das Räuberunwesen zu Wasser und zu Lande trat aufs Neue auf, wir mußten die Garnisonen vernehmen, zu deren Unterhaltung in Tontung uns der Vertrag von 1874 ermächtigte. Die Notwendigkeit, unseren Soldaten Sicherheit zu gewähren und den Tod eines tapferen Führers zu rächen, die Sorge, der Passivität des Landes, die wir unternommen haben und von welcher der Handel aller civilisirten Nationen sofort die Früchte ernten wird, einen dauerhaften Charakter zu geben, nöthigen uns, gewisse neue Punkte zu belegen.

Der neue Vertrag von Hsu bezweckt die durch die hartnäckige Nichtausführung der Engagements von 1874 zwischen Frankreich und Annam geschaffene Lücke zu regeln und wird China gegenüber keinerlei Neuierung konstituiren. Das Protektorat Frankreichs ist bereits durch den Vertrag von 1874 begründet, gegenwärtig handelt es sich lediglich darum, die Ausübung desselben durch wirksame Garantien zu sichern. Der seit einigen Monaten stattgehabte Meinungsaustausch beweist deutlich, daß wir den aufrichtigsten Wunsch haben, die bestehenden Differenzen in freundschaftlicher Weise beizulegen. Wir sind bereit, über jede Kombination in Beratung zu treten, welche die Schwierigkeiten auf eine für die beiden Länder ehrenvolle Weise lösen könnten. Ferry macht schließlich auf den Vorzug der Uebernahme, in welchem es heißt, die französische Regierung lehne auf die Gesühle der Ehre und Gerechtigkeit zu verzichten. Ferry glaubt, man müsse die Ueberzeugung dieses Ausdrucks, welchen er nicht acceptiren könne und der auch nicht in dem von dem französischen Gesandten in Peking telegraphisch übermittelten Texte enthalten sei, einem Versuch zumzugreifen. Marquis Tjeng antwortete unter dem 24. November, er empfinde mit Bedauern die Erklärung Ferry's, daß die Besetzung von Hungghoa, Sontay und Bacninh unerlässlich sei. Er sei der Ansicht, daß dieselbe die früheren Erklärungen des Ministerrathes, welche von einem einfachen Protektorat sprächen, widerspreche. Ferry erwiderte unter dem 30. November, die Politik Frankreichs sei keine andere geworden, Frankreich wünsche stets eine Besetzung des

den Halbtothen spielte und sie Dich meinen Augen entzogen — es ist ein langes, langes Jahr! — Ichliche ich hier hermit wie der Geist Deines bösen Gewissens, wie der Witzengel, der Dich holen und dem Teufel, dessen Brut Du bist, in die Arme tragen wird! — Glaub' nicht, daß ich hingenhe und Dich von Gerat anfragen werde! Und wenn sie Dich zu Gulgen und Strid verurtheilen — sie werden's ja nicht thun, denn für die vornehmen Hallen hat die Gerechtigkeit tausend Pforten offen — aber gesetzt, sie thäten's — glaubst Du, daß ich Dich dem Henker gönne? Sollt ich zweiundzwanzig Jahre ein solches Hundeleben gelebt haben, um Dich auf einen Strid baumeln zu sehen, den ich nicht gedreht, in einem Kerker ruhig sitzen zu lassen, zu dem ich nicht den Schlüssel habe? Nummermehr! Davor bist Du sicher, Schuft! Aber nicht schickst Du vor dem Strid, den diese Hand durch Deine jetzige Spitzbubenrechnung ziehen wird. Der heruntergekommene Gauner beicht jetzt ruhig ein paar Sünden leichten Raubers, läßt sich als Noviz in eine Mönchskutte stecken und thut manchmal leicht, manchmal schwere Buße vor der Muttergottes. Mit der Aussicht, sein Galgenleben in einem Kloster als Bettbruder, wohlversorgt, zu beschließen, spielt er den nichts ahnenden, frommen Frauen hier seine letzte Komödie vor. Ja — die letzte — Hallunke! — Aber nicht wie Du denkst, wirst Du sie zu Ende spielen! Denn ich bin da! Ich, die Posanne Deiner ganzen Bergangenheit! Der Feindler Deines Gewissens! Das Gespenst der Schandthaten, die Du an mir begangen hast! Ich — werde Dein Richter und Dein Henker sein! Ich! — Ich!

Wie ein lebloser Klumpen taumelte Der hinter'm Gitter zu Säulen des Marientbildes.

Wie ein Wahnwitziger raste der Andere, die eine Faust geballt, in der andern frampfhaft die Laterne festhaltend, vor dem Gitter auf und ab.

Wie stochte der Aheim vor Entsetzen; Doch raste ich nicht zusammen, und leise die letzten Stufen hinabsteigend, öffnete ich die nur angelehnte, an die Treppe stoßende Thüre. Draußen sahe mich ein heftiger Abendwind und trieb mich ein Stück Weges ziemlich willenlos in den

Garten des Apfels hinaus, der nicht weit vom Meer ablag.

Eine wahre Wohlthat war mir die frische Luft! Die Schauerseine hatte sich wie ein Alp auf meine Brust gelegt. Nun kam mir aber die ganze Befinnung zurück. Ich wandte dem Winde den Rücken und bald bald den Hauptkopf, der zum Hause und um das Haus herum zum Vorhof führte. Die Pforte war offen, da viele Väter von außerhalb zur Besperandung zu kommen pflegen, und draußen stand mein Wagen.

Als ich meinem Mann den Vorkast erzählte und meinte, es wäre vielleicht gut, Anzeige davon zu machen, sagte er:

„Was gehen uns fremder Leute Händel an! Du hättest nicht stehen bleiben und die Sache nicht mit ansehen sollen! Ein großer Krieg erzeugt tausend kleine Feindschaften, welche der Federtrieb, mit dem die Fürsten Frieden machen, nicht austragen kann. Und doch sind dies noch die geringsten von den furchtbaren Nachwehen, welche die Zeit nur allmählich zu sehen vermag. Den! nicht mehr daran, Franzen!“

Der Staatsrath hatte in meiner Abwesenheit seinen Abschiedsbesuch gemacht. Natürlich wieder im Couir-schiffchen.

Nun war aber auch unsere Zeit in Königsberg um, und wie wir gekommen waren, fuhren wir in unser Heim zurück — Dein gedenkst, Du Herzensinnel!“

Ich hatte in Königsberg nur immer notirt für Dich, hier greife ich am Keisfaden meiner Notizen am amore in die noch frischen Eintride hinein, um Dir wenigstens zu zeigen, wie gerne ich Deine reizend reumirtren Mittheilungen in entsprechender Weise erwidern möchte.

Du weißt über Jahr und Tag nichts von Deinem alten Freund Benjamin Klaffen? Wie eigentlich auch nicht. Zumberge sagte uns, er habe sich lange in Schleien, in unseren Kriegslagern umhergetrieben. Die Nachricht kam von Bekannten. Wenn man ihn nur wissen lassen könnte, daß Du verzoigt bist, um ihn von der fixen Idee abzubringen, dem Räuber Deines Vermögens nachzuspüren. Wie er's treibt, kommt er doch nicht an's Ziel. Jaat hat

sich schon an alle Geschätsfreunde deshalb gewendet. Ich glaube aber, der wunderliche alte Eigenfinn taucht von selbst wieder einmal bei uns auf, und dann wollen wir ihn festhalten, daß er nicht wieder loskomme und uns keine tolle Sorge mehr mache!

Nun drückte ich Dich an mein Herz, theuerste Sophie, und bitte Dich, in Dein Oberganzschloß einen Passus einzuschwärzen, welcher Frau Henriette Achorius ermächtigt, Deiner Frau Fürstin die Hand zu küssen und ihr Glück und Segen zu wünschen. Ich möchte das mit ganz anders vollem Herzen thun, als ob der Tag, an dem ich diesen Brief zu Ende bringe, und der Tag, an dem er in Deine lieben Hände kommt, Ihrer Durchlaucht Geburtstag wäre.

Unsere theuren Gräber blühen, und unsere Freundschaft lebt. Ein Hoch den Herzen, die wissen, was Freundschaft ist!

(Fortsetzung folgt.)

Heinrich Heine und seine „Mouche“.

Ueber die Beziehungen zwischen Heinrich Heine und seiner letzten Freundin, der von ihm besungenen „Mouche“ publizirt B. Groß in der „Westf. Ztg.“ ein Feuilleton, in welchem der Verfasser an der Hand der vor Kurzem erschienenen Erinnerungen der seltsamen Frau — man weiß jetzt, wie sie heißt und wer sie ist — das Verhältniß zwischen dem Weiden feststellen sucht. Wir haben aus diesem interessanten Aufsatz nur den Schluppsatz heraus. „Die „Mouche“ — Heine hatte sie soeben so genannt, weil sie ein Festschiff mit einer eingravirten Fische führte — diente dem Dichter einige Zeit als Sekretär. Sie ließ ihm vor, aber das erwidert ihn; dann trat er ihre Hand in die seine, unklammert sie frampfhaft und sagt, das sei für ihn ein Mittel, sich an dem Leben festzuhalten, das ihm entfliehen wolle.“ Während sie in einem deutschen Baderorte verweilt, fällt er sich ganz verlassen. Sobald sie wiederkommt, sieht sie ihn neubändig zur Seite — sie liest die Korrekturen der französischen Ausgabe seiner Schriften — und weil er sie so ernsthaft beschäftigt, nennt er sich oft ihren Schulmeister. Am



Professors, die freie Schifffahrt auf dem Songoi und Sicherheit des Handels. Der Plan für die militärische Expedition Frankreichs in Tonkin ist nicht modifiziert worden und können es auch nicht werden. Die Verantwortlichkeit für einen Konflikt würde auf China fallen, nicht auf Frankreich.

England.

London, 5. Dezember. Die Arbeiter in den Schiffsbauwerken an der Tyne ist heute angekündigt worden, daß eine Kopernarmäßigung beabsichtigt werde.

Rußland.

Petersburg, 5. Dezember. Aus Nikif-Mat in China wird berichtet, daß die Rüstungsarbeiten der Annu-Daria-Expedition beendet sind und daß die Expedition die Absetzung des Annu-Daria in dessen altes glückliches für möglich hält.

Australien.

In Sydney hat die intercoloniale Konferenz einstimmig eine Reihe von Resolutionen zu Gunsten der Amerization New-Guineas angenommen.

Preussischer Landtag.

Abgeordnetenkammer, 9. Plenarsitzung vom 5. Dezember. Abg. Dr. Stern begründet seinen Antrag auf Einführung der gemeinsamen Abstammung für Landtags- und Kommunalwahlen. Der Antrag habe keinen agitatorischen Zweck. Der Reichstag entsalte nicht sein ganzes Programm, welches auf Einführung des allgemeinen direkten Wahlrechts für die Landtags- und für die Kommunalwahlen, für die letzteren mit der Einschränkung, daß die Wähler zwei Jahre lang in der Gemeinde anfließen mußten, hinauswies. Er rief sich nach vertriebenen Wählern; auch Wählern verstände vorläufig nur die Freigabe des Saltpetereinsatzes und des Weizen, obgleich dies bei Weizen nicht sein ganzes Programm sei. Es handle sich bei seinem Antrag nicht um eine Vorleistung. Die öffentliche Abstammung habe sich praktisch nicht bewährt; sie liege der Kontrolle der Wahlschlichter anheim, jedoch ihre Unzulänglichkeit. Die Macht der Regierung sei gewachsen; der König überlasse das Wahlrecht der Beamten habe deren Einfluß noch erhöht. Dazu komme der Einfluß der Großgrundbesitzer. Er mache nicht einer bestimmten Partei Vorwürfe; es werde überall menschlich gehandelt. Es sei traurig zu sehen, daß die Beamten gar nicht wählten, den Namen eines der Regierung nicht allgemein kandidierten und zu nennen. Nach der Wahl seien Beamte zu ihm gekommen, um ihm zu erklären, daß sie lediglich für den regierungserlaubten Kandidaten stimmten, weil sie nicht wagen anders zu stimmen, und fürchteten, alle ihre materielle Rechte zu verlieren. Die Verfassungsgesetze der Einführung der gemeinsamen Abstammung für die Landtagswahlen nicht entgegen. Um allgemeine Kommunalwahlen einzuführen, bedürfe es nur eines Hebelstreichs. Als Beispiel die Stadt Frankfurt a. M., das allgemeine Wahlrecht enthalte. Die von dem konservativen Ministerium Geulensberg 1. St. vorgelegte Entscheidung enthalte gleichfalls die gemeinsame Abstammung. Die Regierung sei also im Prinzip bereit. Ministerium werde man diesen Antrag nicht behandeln dürfen. (Beifall links.)

Minister v. Puttkamer: Die Regierung werde dem Antrage entschieden Widerstand leisten. (Bezeugung.) Der Reichstag gegen unsere verfassungsmäßigen Bestimmungen. Der Antragsteller habe erklärt, seine Verfassungsgesetze seien nicht zu ändern; er hat das aber in angestrichelter Weise gesagt. Er habe von Wahlberechtigten der verschiedenen Klassen gesprochen, nur die Fortschrittspartei habe eine unzulässige Rede gehalten. Wenn von Wahlberechtigten die Rede sei, so komme auf die Fortschrittspartei ein wohlgegründetes Verbot zu. Das habe die letzte Berliner Kommunalwahl bewiesen, wo die Fortschrittspartei ihre Gegner nicht mit mechanischen Mitteln auf die Bühne brachte. Solcher als die äußere Einwirkung sei die moralische Korruption. Es solle liberal im Staatlichen Alles offen gelegt werden, nur bei dem wichtigsten Teile der Wahl soll Alles in ein Geheimnis gehüllt sein. Das allgemeine Wahlrecht für den Reichstag sei für die Regierung erwäge ernstlich, ob sie ihren Einfluß im Bundesrat nicht dazu verwenden solle, daß an Stelle der geheimen, die öffentliche Abstammung trete. (Bezeugung.) Wer das wichtige Recht der Wahl hat, sollte auch den Wahl haben. Seine Überzeugung sei zum Ausdruck zu bringen. Die Regierung habe die öffentliche Abstammung für ein höchstes Gut, das sie aufzugeben nicht wolle. Das öffentliche Wahl müsse dem Individualrecht gegenüber den Ausschlag geben. Die Fortschrittspartei habe die politische Vererbung zu einer Bestrafung ausgedehnt, die die besten Bürger zu Wählern: (Beifall links.) Von einer Wahl zu anderen gelangte die Agitation zur größten Virtuosität. In der fortgeschrittenen Agitation habe sich kein Anzeichen an den Patriotismus, an das Gemeinwohl, sondern ausschließlich an keine egoistische Interessen. Bei der öffentlichen Abstammung würde die Fortschrittspartei auch bei den letzten Landtagswahlen dabei gefangen worden und es sei erklärlich, daß sie wüßte, das allgemeine Wahlrecht an die Stelle des öffentlichen zu legen. Seine Regierung, die es mit ihren Anhängern und mit der Monarchie ernst nehmen würde, würde ein sehr schlechter Beschäftigter, (Beifall links; Abg. Richter: Bravo der Landtage.)

Abg. Graf Reichenowski wendet sich gegen den Antrag, indem er auf die Erfahrungen in Amerika und Frankreich hinweist. Er wende dafür, daß gerade auch unter dem geheimen direkten Wahlrecht die parlamentarischen Einrichtungen und Wahlverfahren möglich sind. Er sei liberaler, daß der Antrag gerade von der Linken komme, die sonst für Alles die ausgebildete Öffentlichkeit vorlange. Wo kein Mann die notwendigen Erfahrungen geschehen, auf welche sonst die Rechte baute? Dr. Stern sprach von einer Wahl; nach ihm Wahl befände sich die Minorität in der Wahl. Sie mache für ihre Niederlage alles Mögliche verantwortlich, während die kleinen Parteien in der Minorität mit einem Erwerb an den besten Stein bilden. Die geheime Wahl garantiere das Gemeinwohl gar nicht. Im Prinzip sei er mit dem Wahlrecht für öffentliche Wahlen; wie die Wahlen zum Provinziallandtag aus den Kreistagen hervorgehen, so könnten die Wahlen zum Landtag der Monarchie aus den Provinziallandtagen hervorgehen. Das heißt aber das öffentliche Wahlrecht, auf welche Wahlen zum Provinziallandtag ein volkstümlicher Charakter anzuweisen werden. Der Antrag solle im Widerspruch mit der Verfassung, von welcher die Wahlordnung ein integrierendes Teil sei. Durch die Annahme des Antrages Dr. Stern würde dem künftigen Wahlrecht die Möglichkeit der Einführung der geheimen Abstammung werden, das politische Parteiwesen in das Gemeinwohl einzureihen und das Wahlrecht der Erbvererbung durchbrechen. (Beifall rechts.)

Abg. Dr. Virchow: Der Vordränger habe einen aus den Provinziallandtagen hervorgehenden Landtag in Aussicht gestellt und damit seine Verbesserung empfohlen. (Rufe rechts: Nein! Der Präsident bietet den Antrag nicht an für allemal zu unterlassen. Staatsrat links.) Der Minister habe über mechanische Einwirkungen in seinem (Rechners) Kommunalkaufschreiben gesprochen, ohne darüber näher zu sprechen; er könne also gar nicht antworten. Die Verfassung verlange die Aufarbeitung eines Wahlgesetzes; wenn dem Minister davon die Möglichkeit in der Verfassung zu bringen, warum lege er ein solches Gesetz nicht vor? In der Verfassung finde sich davon, daß die Abstammung öffentlich sein müsse. Die Fortschrittspartei stelle jetzt die Forderung nach geheimer Abstammung bringend dem Reichstag, weil sie sich mehr als je bedrückt fühle. Niemand sei die Wahlbestimmungen durch die Regierung größer gewesen als jetzt unter dem System Puttkamer. Bei der letzten Kommunalwahl hätten die Fortschrittspartei zu bezeichnen. Die öffentliche Presse treibe es am Schlimmsten; die Fortschrittspartei sei sogar in einer öffentlichen, der öffentlichen Meinung gegenüber, die des Republikanismus bedürftig geworden. Wenn sie nicht die Fortschrittspartei jenseitig ein öffentlicher Vorkurs gegen die Rechte erheben würde? Der Minister habe von Intelligenzpolitik gesprochen. Er (Rechner) habe noch nie auch nur einen Diner von seiner öffentlichen Fähigkeit gehabt; er habe sich derselben aus Interesse zur Sache gewidmet. Er sei in der Gemeinde tätig gewesen, weil ihm hier ein Feld für seine Tätigkeit bot. Er habe hier auch manches Gute gesehen, konnten werde sie mitgeben und dergl. Der Minister habe die Einführung der öffentlichen Abstammung auch für die Reichstagswahlen in Aussicht gestellt. Auf diese Weise werde das Land immer mehr gelöst, welches Deutschland umfasse. Man dürfe damit eine der Grundlagen, auf welchen der Reichstag und mit ihm die Reichsregierung beruhe. (Beifall links.)

Minister v. Puttkamer: Ein Mittel an dem Deutschen Reichstag vernehme die Regierung in dem Besuche, die öffentliche an die Stelle der geheimen Abstammung für den Reichstag zu setzen, nicht zu erlösen. Die Regierung sei und bleibe für die hohen Verantwortlichkeiten dem Reich gegenüber bewußt; der Vordränger dürfe darüber beruhigt sein. Dr. Virchow habe offen erklärt, daß die Einführung des allgemeinen Wahlrechts nicht, er werde der Regierung die Wahlbestimmungen vor, aber auch nur auf die Weise, durch welche Organe ihre Meinung zum Ausdruck zu bringen. Alle die Behauptungen über Wahlbestimmungen bei den vorigen Landtagswahlen habe sich bei der öffentlichen Prüfung in der letzten Wahl als nicht bewährt. Es laufe nämlich alles dahin, eine Berichtigung der Regierung hinaus. Der Minister führe einige Beispiele von Fortschrittlicher Wahlbestimmungen bei den letzten Landtagswahlen an. Er habe sich bisher eines Urteils über die Berliner Stadtverwaltung enthalten; dieses thue nicht mehr und wohl auch nicht weniger wie bei irgend einem anderen Großstadt. Er habe nicht überflüssig mit der selbstwählenden Gewählung des Reichstags zu halten. Diese Entscheidung sei kein Beweis der Stadtverordneten-Kollektions; sie sei die Folge des Sieges der Dynastie, des Entschlusses des Reichstages. Die Fortschrittspartei habe es nicht verstanden, er habe dafür, daß die Fortschrittspartei die öffentliche Abstammung der monarchischen Grundlagen unterwerfen müsse. Das sei sein persönlicher Vorkurs. Er glaube ganz, daß Virchow der Meinung sei, auf seine Seite des Vaterlands zu stehen, das sei schließlich eine Sache der Einsicht. Auf welcher Seite die größere Einsicht liege, lasse er unentschieden. (Beifall.)

Abg. v. Damm empfand ein Bedauern, daß die Fortschrittspartei erheben Vorkurs des Republikanismus mit dem Hinweis auf eine Änderung des verstorbenen Dr. Schanze Deßig mit der gegen die geheime Abstammung freudigen Gründe unter Einführung früherer gegen die geheime Abstammung gerichteten Ausführungen. Interessant würde es ihm sein, zu erfahren, wie sich die Fortschrittspartei zum allgemeinen direkten Wahlrecht, welches in dem Antrag nicht mit aufgenommen sei, stelle. Wahlbestimmungen würden durch die geheime Abstammung nicht ausgeschlossen; im Gegentheil, nur durch die Wahlbestimmungen mehr Arbeit als gerade im Reichstagswahlbestimmungen würde die Fortschrittspartei auch gar nicht befehligen haben, weil sie ohne solche nicht auskommen könne. Mit politischen Versprechen werde die Fortschrittspartei auf die Dauer die Arbeiter nicht überden, dieselben

verlangten wirtschaftliche Reformen. Für ein neues Wahlgesetz sei es nicht, wenn die kaiserliche Hofstadt durchgehe sein werde, wenn die öffentlichen Elemente auf der Hofstadt korporativ zusammengestellt sein werden, dann wird es Zeit sein, auf neuen Grundlagen ein neues Wahlgesetz zu bilden. (Beifall rechts.) Abg. Dr. Reichensperger-Olpe ist liberaler, daß die Reichsregierung diesen Antrag, den er begrüßt, der unbedingt notwendig sei, annehme. Wenn sie den monarchischen Grund auf die Verbesserung antriefen erhalten möge, so werde sie bald hier gekündigt erscheinen. Die Konventionen seien verpflichtet, für den Antrag zu stimmen, wenn sie die alten preussischen Traditionen in Ehren halten wollten. Der Antrag müsse der Grund auf wirtschaftlich und sozial abhängige Leute befehligen werden, denn das sei das Standesrecht, was es geben könne. Fürst Bismarck habe das junge Wahlgesetz als das widerwärtigste bezeichnet. Wie komme man jetzt dazu, es zum Fundament des Staates zu machen? Liberaler sei geheime Wahl vorgezogen, auch hier in der Volksoberkeit werde durch Abstammung gewählt, warum verhalte man sich hier nicht auf den Vorkurs? Bei der Abstammung über den vorliegenden Antrag werde sich zeigen, welche Partei die Interessen des Volkes vertritt. (Beifall links und im Zentrum.) Abg. Dr. Gneist motiviert den ablehnenden Entschluß der Nationalliberalen. Dieselben hätten früher, eine Änderung des Wahlgesetzes durchzuführen, darauf verzichtet. Welches System das bessere sei, darüber hat gar kein Beweis erbracht. Auch müsse man erst die Wirkung der Verwaltungsreform abwarten, bevor man an eine Änderung des Wahlgesetzes denke. Es sei jetzt nicht opportun, an eine solche heranzutreten. (Beifall.)

Abg. Dr. Hanel: Die, welche nach den Erklärungen Puttkamers noch gegen den Antrag Strenge stimmen, machen sich missfällig an den in Aussicht gestellten Umstellungen. Die moderne Verfassung sei unzulänglich, die Wahlbestimmungen, so namentlich die Besetzung der Reichstagsmitglieder. Seit dem Jahre 1878 habe kein Minister in Preußen eine solche progreßive Rede gegen die Fortschrittspartei gehalten, als heute Minister v. Puttkamer. Die Fortschrittspartei sei hauptsächlich durch die aufrechten Verordnungen der Regierung auch zur Vertretung der Einzelinteressen veranlaßt worden. Die gemeinsame Abstammung habe die Idee zur Monarchie nicht erhöht. Ueber die Berliner Stadtverordnetenwahlen habe Herr v. Puttkamer nicht gesprochen mit der Objektivität eines Ministers, sondern als Parteimann. Wie er die Berliner Kommunalverwaltung lobte, das war mit einem Auge nach oben gesehen und mit dem anderen nach unten. Das gleiche doch wohl sich über die anderen nicht, das war einmal das geheime Wahlgesetz in die Reichsregierung, das allgemeine direkte Wahlrecht aufrechtzuerhalten werden könne. Damit werde aber allerdings eine Grundlinie des ganzen Reichstages gebildet. Der Herr v. Puttkamer würden seine Worte nicht vergessen werden, man werde sie den Wählern nicht vorkommen lassen. (Beifall links, Händel rechts.)

Minister v. Puttkamer: Er habe gesagt, die Regierung erwäge ob sie die geheime Abstammung bei den Reichstagswahlen unter allen Umständen aufrechterhalten könne. Etwas Anderes habe er nicht gesagt; er bitte, seinen Worten nicht eine andere Bedeutung beizulegen, als sie haben sollten und der Natur der Sache nach haben sollten.

Abg. Dr. Windthorst erklärt, den letzten Finger einziehen zu wollen, die Aufrechterhaltung des allgemeinen direkten Wahlrechts im Reiche mit geheimer Abstammung. (Beifall links.)

Provinzielles.

Erfurt. Hier regt sich unter den Biertrinkern gegen die Einführung der dreieckigen Bier-Gläser eine mächtige Opposition. Wie die „Fürst. Ztg.“ berichtet, hat am vergangenen Montag im Tunnel des „Kaiseriales“ eine Versammlung Erfurter Bürger stattgefunden, welche gegen die Einführung dieser Gläser energigsten Protest erhob und ein Comité wählte, das mit allen Kräften für die Beibehaltung der alten 1/2-Liter-Beckel in den Bierlokalen wirken soll. Zur Befreiung der ersten Kosten für Annoncen wurde eine entsprechende Summe aufzubringen.

Vom Harze. Vorigen Sonnabend hatte Herr Kleemann Schmidt zu Stapelburg, derelbe glückliche Schicksal, welcher im Vorjahre binnen einer Stunde auf einem Kirchgang eine Kehle und zwei patale Rothhirsche erlegte, das selbste Glück, binnen dreiviertel Stunden drei Stück Schmarwin, einen Frühlings, einen Ueberläufer und ein ganz kaputtes Hauptweiden zu fischen. Letzteres ist ein 6-jähriger Keler, dessen Gewehr 9 Centimeter aus dem Gebrauche hervorgerissen.

N a m b u r g, 1. Dezember. Die Strafkammer des hiesigen Landgerichts verurtheilt gestern den Rentier Durlewitz in Berlin (früher in Naumburg) zu 6 Wochen Gefängnis und 300 M. Geldbuße event. 30 Monaten Gefängnis, weil derselbe dem Käufer seines Hausgrundstückes verschwiegen hatte, daß das Gebäude vom Hausbesitzer erworben sei. Der Käufer hatte vor Abschluß des Handels ausdrücklich eine Erklärung über den Hause besitzerten faulen Verkaufer verlangt. In der Vernehmung der Ursache dieses Umstandes fand das Gericht das Kriterium des Betruges. — Der am Sonnabend die halbestelle Britin passirende 5/8-Uhr-Zug stieß dort auf eine Arbeiterlawe, welche völlig zertrümmert wurde. Auch die Maschine des Zuges wurde erheblich beschädigt und mußte zur Reparatur nach Beitz geschickt werden.

Meteorologische Beobachtungen in Halle.

Dat.	St.	Barometer.	Thermometer		Feuchtigkeit der Luft.	Wind.
			nach Celsius.	nach Réaumur.		
5. Dez.	9 Uhr.	744,0	- 1,3	- 1,0	62	NW. wolfig
	8 Uhr.	744,0	- 2,5	- 2,0	82	SW. heiter
6. Dez.	7 Uhr.	744,0	- 5,3	- 4,2	70	SW. wolfig

Uebersicht der Witterung. Die Depression, welche gestern über der südblichen Ostsee lag, ist ostwärts nach Westrußland fortgeschritten. Während über dem Nordseegebiete das Wetter bei äußerst still liegendem Barometer wieder ruhig geworden ist, sind an der ostpreussischen Küste die nördlichen Winde bis zum Sturm aufgewirbelt. Ueber Centraluropa ist das Wetter im Westen aufläuternd, im Osten trübe mit Schneefällen. In Folge der stürmischen nördlichen Luftströmung ist über Deutschland die Temperatur erheblich gesunken, so daß dieselbe allenthalben, außer im äußersten Nordwesten und Südwesten, Frostwetter herrscht. Measborg meldet 21 Grad Kälte.

Verantwortlicher Redakteur: Albert Jülich in Halle.

11. Januar 1856 schreibt er ihr: „Theures Kind! Ich habe einen Migräne-Anfall, der, glaube ich, noch morgen anzuheben oder gar sich verschlimmern wird. Ich beschreibe Dir hieron, damit Du weißt, daß morgen keine Schule ist, und daß Du nach Belieben über Deinen Nachmittags verfahren kannst. Für übermorgen, Sonntag, sähle ich auf Dich. Solltest Du nicht kommen können, lag es mich wissen, mein süßes, theures Kind. Ich werde Dich einprägen, selbst wenn Du durch ein Uebermaß an Zuneigung die Sandhede verdienen solltest. Uebrigens, um eine Waise zu empfangen, muß man härter sein, als ich. Ich bin geerdicht, lebend und traurig. Ich küsse die pattes de monche. Dein Freund v. H.“

Seine war gegen die Freundin voll lebenswärtigster Aufmerksamkeit. Am 1. Januar 1856, dem letzten Jahresstage, den er erlebte, fand er sich mit einem Geschenk und folgenden Zeilen ein: „Theures Kind! Ich schide Dir meine Neujahrswünsche und gleichzeitig ein kleines Chokolade. Letztere wenigstens hat guten Geschmack.“ Ich weiß, es macht Dir kein Vergnügen, wenn ich Dir gegenüber einer Kommenzien nachkomme; aber wegen weiterer Umgebung und um nicht einen Wandel an gegenwärtiger Achtung vermuthen zu lassen, darf man die kleinen Aufmerksamkeit, die das Gemeinwohl befreit erlaubt haben, nicht vernachlässigen. Ich für mein Theil liebe Dich so sehr, daß ich Dich nicht zu oft brauche. Du bist meine theure Waise, und meine Liebe erkennen mir weniger schrecklich, wenn ich mir die Lebenswürdigkeit und Annehmlichkeit Deines Geistes vorstelle. Dir solche Worte zu senden — „gemünzte Luft“ — das ist Alles, was ich für

Dich thun kann. Meine besten Wünsche zum neuen Jahre! Ich enthalte mich, sie auszubringen. Worte, Worte: Ich werde morgen vielleicht im Stande sein, meine Munde zu empfangen. Auf alle Fälle wird sie mich übermorgen, Donnerstag, besuchen, ihren Nebenbaber 11, früher Alceit seiner Preussischen Majestät, jetzt Kotschblumen-Verdorer. . . Als Camille zum letzten Mal bei ihm war, sagte er ihr: „Schiede Deinen Hut zurück, damit ich Dich besser sehe.“ Beide waren tief bewegt. „Morgen! Fort! Du! Nicht abscheiden!“ rief seine ihr nach, als sie im Begleichen begriffen war. Sie konnte nicht Wort halten. Als sie wiederkam, war er todt. . . „Man führte mich, so erzählt die „Mouche“, in das stille Zimmer, wo der Leichnam wie eine Statue auf einem Grabmal in der erhabenen Unbeweglichkeit des Todes dalag. Nichts Menschliches mehr an dieser kalten Hülle; nichts, was an Denjenigen erinnerte, der da geliebt, gehäht und getöten hatte — eine alte Waise, über welche der volle Frieden die Gesichtigkeit einer hohen Gleichgiltigkeit gelegt hatte, ein blaßes Marmorantlitz, dessen forrelte Linien an die reinsten Meisterwerke griechischer Kunst erinnerten — so habe ich zum letzten Mal Denjenigen gesehen, dessen so zu sagen vergültliche Züge an eine herrliche Allegorie denken ließen. Der Tod zeigte sich hülig gegen Denjenigen, der ihm Liebe entgegengebracht, und bildete ihn zur Statue um. Der herrlichen Figur ähnlich, die er in der „Walfahrt nach Measborg“ geschildert, hatte der Tod, der große Tröster, des Morgens seine Schritte nach dem Bette des Kranken gelenkt, um seiner Fein ein Ende zu machen. . .“

